

Kandidatur an höchster Stelle sehr gern geübt haben würde, ob er selbst jedoch aus naheliegenden Gründen absolut nicht geneigt ist, seine jetzige Stellung als bezugsreicher Rathgeber des Kaisers mit der demnächstigen Position eines verantwortlichen Ministers zu vertauschen.

W. Berlin, 12. Dez. Sicherem Vernehmen nach hat der Kaiser die Presse früher vertrieben, daß sie sich in letzter Zeit wiederholt und nicht immer in wohlwollender Weise mit den Finanzverhältnissen des kgl. Hausministeriums beschäftigt hat. Alle derartigen Verfügungen werden ihm sofort durch einen eigens damit betrauten Beamten vorgelegt und dem Civilkabinett zur weiteren Veranlassung überreicht. Bekanntlich sind darüber gerade in letzter Zeit verschiedene insipide Dementis laut geworden, welche etwa die Wiedung bezeichnen, nach welcher diese ungnädige Fleusung eigentlich jezt.

W. Berlin, 12. Dez. Die wichtige Frage, ob sich nicht die Erziehung von überflüssigen Strafkolonien empfehlen würde, beschäftigt nicht nur die Gefängnisvereine, sondern auch den Kaiser, welcher diesem viel erörterten Projekt keineswegs unbedingt ablehnend gegenübersteht.

In der gestern unter dem Vorstehe des Kultusministers v. Goltz abgehaltenen Schulconferenz wurde die Frage berathen, inwiefern es bei der Verminderung der Schulstunden möglich ist, durch intensiver methodischer Unterricht die Hauptarbeit in die Schule zu verlegen, namentlich in den unteren Klassen, sowie die damit zusammenhängende Frage des Schulbesuchs, ob der Unterricht für die Zukunft noch ebnen zu werden im Stande. Schiller's Gesen erörterte dazu sehr Zehlen, welche die mögliche Befristung der hiesigen Schulstunden, die Gestaltung des Schulbesuchs zum Mittelpunkt des Unterrichts, die Verminderung des Verhältnisses in der oberen und mittleren Classe, die Förderung des Fortschreitens und -Zehlebens in der Geographie, die allmähliche Umänderung des Fachlehrplans in das Klassenlehrplan etc. etc. Als Mitberathener nahm Graf Eberfeld das Wort. Der Kommissar des Kultusministers, Oberbaurath Werner, und der Kommissar des Kultusministers, Ehrenpensionär, machten Mittheilungen über die körperlich Untauglichen unter den Einjährig-Freiwilligen. Eine weitere Erörterung dieser Frage wurde zur Verbindung mit der Frage vorbehalten, was zur weiteren Hebung des Turnunterrichts und der körperlichen Ausbildung der Jugend zu geschehen habe, sowie mit der Frage des Kaisers, was außer dem rationalen Turnen für die Schuljugend geschehen solle. Einiger Gemüths die Verdoppelung der Stundenzahl für die körperlichen Übungen und neben dem Turnen die Föhrung der Jugendübungen und andere Vorschläge. Bei Schluß des Berichtes sprach Goltz.

Wie die W. B. erzählt, sieht man einem topographischen Bericht über die Verhandlungen der Schulconferenz entgegen. Am Mittwoch werden die Verhandlungen geschlossen und es wird dann der Bericht, zunächst noch topographischen Aufnomen angefertigt, zunächst dem Kaiser unterbreitet werden. Wie im weiteren darüber verfügt werden wird, bleibt abzuwarten. Zwecklos wird man unter allen Umständen anlässlich des Kultusrats auf die Wichtigkeit der Ernennung zurückkommen. Es heißt, daß der Kultusminister Erhebungen auch auf dem Gebiete der Mittelschulen und der höheren Lehrschulen angeordnet hat, und man will wissen, daß über Bewegung und Umfang der Erhebungen über das ganze Gebiet des Schulwesens dem Landtage in irgend einer Form Mittheilung gegeben werden soll.

Wie die W. B. erzählt, haben 62 Professoren und Dozenten der breslauer Universität an den Kultusminister eine Erklärung gerichtet, in welcher sie den auf humanitätlicher Grundlage beruhenden Gymnasial-Unterricht als die geeignetste Vorbildung zu allen Universitäts-Studien bezeichnen. Es seien jedoch wesentliche Aenderungen im Lehrplane, insbesondere hinsichtlich der Unterrichtsmethode für die klassischen Sprachen, vorzunehmen. Hierbei gebe gegenwärtig dem Unterricht überwiegend den Charakter einer Vorbereitung zum philologischen Studium, während der Gesichtspunkt einer der Reizzeit angepaßten allgemeinen Geistesbildung selbst auf humanitätlichen Gebiete in den Hintergrund trete.

Die durch die Presse gegebenen Mittheilungen über die Aufnahmen auf der Berliner Weltausstellung sind, wie die W. B. Lib. Cor. hört, sehr vertriebt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit dürfte eine Fortsetzung an den Landtag kommen, welche die in den Beitragmittheilungen als Vorlag von verschiedenen Verhandlungen genannte Summe erheblich übersteigt.

Graf Brandenberg hat im preussischen Herrenhaufe den Antrag auf Erziehung einer Wölfszucht eingebracht, welcher alle Interessen der Wälferei in Bezug auf die Landesfiskal, auf Abwendung der Hochwildschäden und bessere Ausnutzung für Schießsport und Gewerbe unterstellt werden sollen.

Die dem Bundesrathe vorgelegte Branntweinsteuer-novelle enthält nach der Schluß. B., außer der Erhöhung des Konsums mit der geringeren Verbrauchsabgabe für die kleinen landwirthschaftlichen Brennereien noch die neue Bestimmung, daß alle aus dem Auslande kommenden Spirituosen, gleichviel ob sie in Fässern oder in Flaschen eingehen, dem Zollzoll von 180 M. unterworfen werden. Zur Zeit besteht eine verschiedene Behandlung für die einzelnen Branntweinarten, indem von dem aus dem Auslande in Fässern eingehenden Cognac, Rum und Rum an Zoll 125 M., von allem übrigen Branntwein 180 M. für 100 kg erhoben werden. Es ist aber unmöglich, echten Arrac, Cognac und Rum von unechtem in unbedingt sicherer Weise zu unterscheiden, deshalb ist die verschiedenartige Zollbelastung angehen.

Die Einkommensteuer-Kommission beschäftigte sich gestern zunächst mit dem Abschnitt B der Vorlage, welcher die besonderen Vorschriften betr. die objektive Steuerpflicht enthält. § 12 das Einkommen aus dem Kapitalvermögen behandelnd, wurde nach der Regierungsvorlage angenommen mit dem Zehle, daß die aus Spekulationen erzielenden Gewinne in Abzug gebracht werden dürfen. Der § 13, Einkommen aus Grundvermögen, gelangte zur Annahme. Gegen § 14, Einkommen aus Handel und Gewerbe, einschließlich des Bergbaues, ohne Veränderung angenommen, nachdem der Antrag abgelehnt wurde, welcher die Grundzüge für die Ermittlung des Geschäftsgewinnes noch weiter präzisieren wollte. § 15, Einkommen aus gewerblicher Betätigung und aus Wälferei auf periodische Gebungen um, kam ebenfalls zur unveränderten Annahme. Dagegen wurde § 16, Bemessung der Steuerpflicht nach dem Aufwand in Fällen, wo das Einkommen eines Steuerpflichtigen nicht mit genügender Sicherheit festzustellen ist, gestrichen. Es begann sodann die Diskussion über § 17, welcher den Steuerfuß festsetzt. In diesem § war eine kleine Aenderung

gekehrt, welche einseitlich die mittleren Steuerfluren noch weiter in ihren Steuerhöhen herabsetzen wollte, theilweise aber auch die Höhe von 100,000 M. an mit höheren Zehlen, nämlich bis zu 4 Proz. resp. 5 Proz. herab. Nachdem die vorgelegten 5 verschiedenen Tarife diskutiert worden, einigte sich die Kommission dahin, eine Subkommission zu ernennen, welcher der Auftrag erteilt wurde, einen neuen Vorschlag aufzustellen, welcher an die durch Wechselschwankungen herbeiföhrten Grundzüge anknüpfen soll. Diese Grundzüge sind im folgenden Tarife, nämlich bis zu 4 Proz. 3. die Degression von diesem Prozentsatze beginnt bei 100,000 M. In die Subkommission wurde gewählt v. Bismarck, v. Schöln, Ammann, Sperlich und D'Estlin. Der der Beratung der Subkommission zugewiesene erste Entwurf ist den unten stehend mit der Beschriftung: Entwurf des Reichs-Raths für die 9. Stufe um, wird vorgelegt: 2400-2700: 44 (entlast 45); 2700-3000: 52 (entlast 54); 3000-3300: 60 (entlast 66); 3300-3600: 70 (78); 3600-3900: 80 (82); 3900-4200: 92 (106); 4200-4500: 104 (120); 4500-5000: 118 (135); 5000-5500: 132 (150); 5500-6000: 146 (165); 6000-6500: 160 (180); 6500-7000: 176 (185); 7000-7500: 192 (210); 7500-8000: 212 (228); 8000-8500: 232 (242); 8500-9000: 252 (258); 9000-9500: 276 (272); 9500-10,500: 300 (300). Unter Annahme dieser Sätze würde der Betrag um 2,730,371 M. hinter demjenigen der Regierungsvorlage zurückbleiben. Da aber von 10,500 M. ab bis zu einem Einkommen von 10,000 M. der Steuerfuß von 3 auf 2 Proz. sinkt, so wird der Fiscal voraussichtlich mehr als gedeckt werden.

Die Kommission für die Gewerbesteuer nahm § 7, Steuerbetriebe der Betriebe mit einem Ertrage unter 1500 M., und einem Anlage- und Betriebskapital unter 3000 M., unangetastet an. Nach § 8, die Betriebe deren Geschäftsbetrieb zu einer der Steuerhöhen führt, ist II. die Höhe des Anlage- und Betriebskapitals bedingt ist, auf Antrag des Steuerpflichtigen in die dem Ertrage entsprechende Steuerklasse zu versetzen, wenn der erzielte Ertrag nachweislich zwei Jahre lang die Höhe von 30,000 M. in Klasse I, 15,000 M. in Klasse II und von 10,000 M. in Klasse III nicht erreicht hat. Auf Antrag des Abg. v. Bismarck (Centr.) wird beschlossen, daß diese Erleichterung den Kredit- und Konsumvereinen um, nicht zu gute kommt. § 9, Veranlagung in Klasse I, wird unangetastet angenommen. In § 10 wird bestimmt, daß die Veranlagung in den einzelnen Klassen und in der Stadt Berlin durch den für jeden Veranlagungsbezirk zu bildenden Steueramt erfolgt. Besen § 11, die Steuerabgabe vom Finanzminister zu bestimmen ist. Auf Antrag des Abg. v. Bismarck (Centr.) wird beschlossen, daß der Steueranspruch mindestens aus 6 Mitgliedern bestehen muß. § 11, Veranlagungsbezirke bilden für Klasse II die Regierungsbezirke, für Klasse III und IV die Kreise. Die Stadt Berlin bildet für Klasse II einen Bezirk, mit welcher Ausnahme die Stadt Berlin vereinigt. Gegen § 12, Regelung bezug. Zusammenlegung von Veranlagungsbezirken.

Das Deutsche Eintrags-Komitee hat am Freitag den dem geschäftlichen Verkehr dienliche Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Eintrags-Exposition entgegengenommen und sowohl dem Ausschuss wie Herrn v. Bismarck's Entlassung erteilt. Die eingegangenen Gelder sind bis auf einen Restbetrag von ungefähr 6000 M. für die Zwecke der Expedition und für Eintragszwecke verwendet worden. Der Ausschuss hat sich mit der Abrechnung aus der Rechnung einiger Nachforderungen und soll, soweit er nicht hierzu verwendet wird, demnachst der Karl Peters-Stiftung überwiesen werden. Anders das Komitee seine Arbeiten schloß und sich auflöste, sprach der Herr v. Bismarck und dessen Gesandten nochmals seinen Dank aus für die treue Hingebung, den Muth, die Thatkraft und die Ausdauer, mit welcher sie den Zweck der Erreichung eines hohen humanitären und nationalen Zweckes übernommenen Verpflichtungen nachgegangen sind.

Ein drahtliches Gegenstück zu dem Stempelsteuer-entwurf in der Reichs-Raths-Beilage lautet: Besen § 1, die Einkommensteuer der Berliner Gemeindefiskalstellung im Jahre 1879 ist eine Stiftung von 500,000 M. begründet worden zu Stipendien im Interesse der Hebung der Handwerker durch Beiträge, Stipendien für Reisen um. Von dieser Stiftung beantragt jezt der Fiskus eine Stempelsteuer von 20 M., welche die Zinsen des Stipendienkapitals für ein Jahr Anspruch nimmt und damit die Wirklichkeit der Stiftung für ein ganzes Jahr suspendirt.

Ein christlich-sozialer Kommerz, welcher am Donnerstag abend in Berlin zu Ehren des Hofpredigers Stöcker veranstaltet wurde, bot dem letzten Gelegenheit, auf seine Entlassung und seine Zukunftspläne etwas näher einzugehen. Er behauptete, daß er nicht aus Streitsucht seine stille Wohnstube verlassen habe, um sich in den Strudel des politischen Lebens zu stürzen, sondern, um sich der christlichen, noch im öffentlichen Wirken des Christenthums, und im Christenthum seinerseits die soziale Frage immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden ist, was ihn zur Gründung der christlich-sozialen Partei veranlaßt habe. Was solle er nun jezt thun, nachdem er sein bestmögliches Amt habe seiner Verabreichung zum Opfer bringen müssen? Die Antwort, welche er erhielt, war, daß die Andern, er möge ganz Gelehrter werden. Er aber könne beides nicht trennen, er werde der Alte bleiben. Was er gethan, sei stets ihnen imerben-Gewissen entsprungen, er konstatire, daß er niemals von ihnen die selbste Entlassung erhalten. Weiter sprach die Hoffnung aus, daß Deutschland für alle Wälferei bereit ist. Es genüge, was er sagte, und drückte ein Hoch aus auf das deutsche Vaterland.

In der bekannten höherer Steueraffäre stellen sämtliche angezeigten und beteiligten Behörden und Kommissionen einen Antrag gegen die Reichs-Raths-Vollzäh. Man sieht mit Spannung der weiteren Entwicklung der Angelegenheit entgegen, um so mehr, als bekannt ist, daß die Regierung die Stellung des Staatsanwaltes wiederholt geordert hat.

Wresden, 12. Dez. Das Ministerium hat eine Verordnung erlassen betr. die unter gewissen Bedingungen zu gestattende Einfuhr von Kindern aus Oesterreich-Ungarn nach den Schicksalshäusern in Wresden, Leipzig, Gumnitz, Bittau, Weerane und Böhmen.

Wien, 12. Dez. Bei der heutigen Stadterordneten-Sitzung ist in der zweiten Sitzung nach dem ersten Beschlusse ein Antrag eingebracht worden, ein Preisträger zu ernennen. Im zweiten Beschlusse ein Preisträger zu ernennen.

Stuttgart, 12. Dez. Der Staatsanwalter für Württemberg melbet: Der König leidet an einem Marasmus der oberen Luftwege, welcher bisher ohne Fieber verlief; es ist deshalb eine baldige Wiederherstellung zu hoffen.

Berlin, 12. Dez. S. W. Kreuzer, M. d. B. Kommandant Korvetten-Kapitän v. Sarnitz, ist heute in Manila eingetroffen und beschäftigt morgen nach Algodranes in See zu gehen.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Stg.)

40. Sitzung vom 12. Dezember, 11 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages. Abg. v. Siemens (Str.): Die Bedeutung des Vertrages liegt hauptsächlich darin, daß durch ihn das System der isolierten Durchgangszölle in der Türkei beseitigt ist, ebenso wie das System der Monopole. Das Deutsche Reich ist die erste Nation,

die, da die Handelsverträge einem Uebereinstimmen, kein Weg der Gewährung eingehalten hat und sich nicht zu Gunsten, sondern zum Nachtheil des Reiches überall damit hatte sympathisieren gewinnen wird. Der Vertrag hat einen bedeutenden kommerziellen Werth insofern, als er dem deutschen Kapital leichter macht, sich an den Unternehmungen in der Türkei direkt zu beteiligen. Ich begrüße es mit Freuden, daß wir diesen Schritt zur Einbürgerung der deutschen Wirtschaft in der Türkei gethan, und möchte gerne, falls der Reichstag auszusprechen, daß die anderen weltlichen Nationen auch folgen möchten. Ich empfehle deshalb die Annahme des Vertrages.

In der unmittelbar darauf folgenden zweiten Lesung werden die einzelnen Artikel des Vertrages unangetastet angenommen.

§ 1. Artikel erste Beratung der 3. und 4. Lesung v. 11 a. g. G. G. Reichs-Rath für die 9. Stufe um, wird vorgelegt wird in Deutschland die Materiallieferung als die Grundlage der Verbesserung des Jades in Putz in fortfallen. Unter der Bedingung des bisherigen Steuerfußes hat die deutsche Jaderproduktion den inländischen Markt fast ausschließlich gedeckt, auf dem Weltmarkt den ersten Platz erlangend, große Kapitalien ins Land hineingekracht und die Landwirthschaft der beteiligten Gegenden gehoben. Durch andauernden Fleiß von Generationen hat die deutsche Jader eine solche Vollkommenheit erreicht, daß die magdeburger Jaderinteressen lassen können, die deutsche Jadererzeugung jezt ihrem Jadergehölte nach dem besten Jadergehölte der deutschen Jadererzeugung vorzuziehen. Die Rohmaterialien werden möglichst vollkommenes Material zu erzielen, und daraus mit den geringsten Kosten den höchsten Prozentsatz an Jader zu gewinnen, denn die Industrie hatte dadurch den Vorteil, daß sie an einem möglichst geringen Quantum billigeren Rohmaterials möglichst viel Jader für den inländischen Markt gewann. Das Jader der deutschen Jadererzeugung war immer die Jadererzeugung auf einem Gebiete der Jaderproduktion vertriebt. Ein solches System darf man selbstverleugern nicht verlassen. Ein ganz überwiegende Gründe dafür sprechen. Derartige zwingende Gründe liegen aber auch in der Vertheilung der Jadererzeugung gegenwärtig vor. Es ist unbedenklich, daß das bisherige System, welches der deutschen Jadererzeugung vorzuziehen ist, einen Jaderüberschuß aus dem allgemeinen Reichthum, also der Steuerzahler, gedeckt, in alle Ewigkeit beibehalten wird. Die Regierung ist der Ansicht, daß der jetzige Augenblick der günstigste ist für eine Veränderung.

Daß die neue Vertheilung der deutschen Jader Konkurrenz auslösen werden wird, bestreitet der Herr v. Bismarck. Die Vertheilung der deutschen Jadererzeugung und der Vollkommenheit unterer Jaderarten wird die deutsche Industrie doch im Stande sein, ihren Platz zu behaupten. Die Mithilfe des jetzigen Systems ist doch sehr fraglich geworden. Die Jaderindustrie hat sich unter demselben mehr und mehr zu einer großen Exportindustrie entwickelt, welche die Jadererzeugung in der Weltmarkt gedeckt. Die Landwirthschaft hat das Rohgewerbe gewonnen ist. Die Landwirthschaft haben das Interesse an der Jaderproduktion, das sie ein möglichst großes Quantum ihres Areals unter Jaderkultur bringen, deren Anbau ja sehr lohnend ist. Für die Landwirthschaft ist es aber gleichgültig, ob die Jaderindustrie einen Doppeltzehr aus 7 oder aus 10 Centnern Jader gewinnt in Gegenwart. Die Landwirthe haben sich auch in richtiger Erkenntnis dieser Verhältnisse von der Vertheilung von Jadererzeugung in den Jaderarten beizugehen Stellen überleitet. Gegen § 12, die Jadererzeugung ist die Landwirthschaft, wenn möglich große Jadererzeugung vorhanden sind, weil sie auf die kleinen Jadererzeugung einen viel größeren Einfluß ausüben können. Immer jeßes System lieber aber dazu, die Jadererzeugung so groß als möglich zu machen, weil der Jadererzeugung aus der Verarbeitung der Jader dadurch desto größer wird.

Wie sich auf den Punkt gestellt, wo das bisherige System der Jaderindustrie nicht mehr möglich, sondern sogar schädlich werden kann. Es lohnt sich eine Jaderproduktion an, die weniger wird durch jezt neu entlassene Jader. In dem letzten Jahre sind 11 neue Fabriken errichtet und zur jezt im Betrieb. Die Jadererzeugung ist eine Vermehrung der Produktion um 1/2 Mill. Doppelcentner betruet. Unverküert wird sich durch den Ueberschuß Amerikas unter Uebervacht noch verringern und eine Vertheilung der Produktion durch Jadererzeugung aus öffentlichen Mitteln weiter fördern.

In dieser Erwägung kommt, daß wir auf eine Steigerung der Reichsausgaben in Zukunft bedacht sein müssen. Unter solchen Umständen müssen wir mit diesem System jezt brechen.

Die Regierung hat das System trotz dieser Bedenken jezt noch beibehalten, weil wir bisher hoffen konnten, auf Grund der Londoner Konvention die Kontinentalzölle beseitigen zu können, ihre Beseitigung die Jadererzeugung, wenn wir nicht die Jadererzeugung fördern aber die Jadererzeugung nicht mehr vertheilen, weil vorausichtlich in einigen Jahren das Geldbedürfnis der Reichskasse aus dazu doch zwingen würde, und dann würde der Moment viel unangünstiger sein als der heutige. Dazu kommt, daß augenblicklich die Möglichkeit gegeben ist, den Liebergang mild und allmählich zu bewerkstelligen, wenn das zwingende Bedürfnis der Reichskasse in einigen Jahren eintreten wird. Der Einwand gegen die selben Gründe für die Liebergang, daß die Jadererzeugung gegen den Jadererzeugung zum bisherigen Gebrauch werthlos haben werden, welche minderwertige Jader bannen, ist nicht durchschlagend. Wenn wir überhaupt Steuererhöhungen erwägen, so ist es sehr wichtig, die Jadererzeugung gegen den Jadererzeugung zu unterstützen. In Zukunft ist noch eine Maßregel vorbehalten. Unsere Jaderindustrie hat eine gewisse Konkurrenz zu erleiden durch die Jaderindustrie, welche zur jezt keine Steuer zahlt. Mit dem Moment, wo diese Steuererhöhung der Jaderindustrie feststehen, erfordert es die anschließende Gerechtigkeit, die Jaderindustrie unter Jadererzeugung zu Steuer vorzuziehen. Da die Jadererzeugung im Jahre 1895 eintreten wird, so können es uns nicht notwendig, die detaillierte Ausgestaltung dieses Gedankens bereits in dieser Vorlage vorzunehmen. Was das nun werden wird, weiß ich in der Augenblick nicht. Die Regierung hat jezt die Bedenken gegenüber jezt ein neues Gemüths Bedenken gegen die Jadererzeugung an im Interesse der selben Gestaltung unterer Jadererzeugung und im Interesse der Beteiligten selbst.

Abg. Dr. Witte (Str.): Mit dem Grundgedanken der Abschaffung der Materialsteuer bin ich vollkommen einverstanden. Auch für mich ist der Gegenstand von einschneidender Bedeutung; ich beantrage deshalb eine Kommission von 23 Mitgliedern; alle meine Behauptungen, alle meine Behauptungen, welche ich vor Ihnen aufgestellt habe, haben sich als vollkommen richtig und gut erwiesen. Auf Grund ihrer war es nach meiner Liebergang unmöglich, die Materialsteuer aufrecht zu erhalten. Die Jaderindustrie selbst aber haben sich dagegen immer geäußert und haben mit diesem Widerstand deshalb eine höchst verhängnisvolle Rolle in der Jaderindustrie gespielt. Es ist durchaus unrichtig, daß die Jaderindustrie die Landwirthschaft gehoben habe. Jader und Landwirthschaft haben jezt gar keinen Zusammenhang mehr mit einander. Die Jaderindustrie ist jezt nur der Erbe der inländischen Landwirthschaft. Ohne die Materialsteuer und Exportzölle wäre die Landwirthschaft viel mehr gehoben. Es habe ich früher behauptet, daß die Jadererzeugung, welche von der Jadererzeugung ausginge, nicht richtig war, damals hat man mich das bestritten. Heute stellt sich die Behauptung als richtig heraus. Heute gilt auch schon, was ich früher gesagt habe, daß in der That eine Wälferei über die Jadererzeugung vorliegt. Es sind jezt in Summa 45 Mill. M. an Exportzöllen gebührt worden, welche angeblich dem Reichthum der Jadererzeugung zufließen ist, und der Augenblick gekommen, an eine Reform zu gehen.

In einem Punkte ist die Begründung der Regierungsvorlage mangelhaft, an der Stelle nämlich, in welcher sie die Vorlage auf voraussetzliche Vermehrung der Reichsausgaben gründet. Die

Regierung erkennt also an, daß zur Zeit kein Bedürfnis für
erhöhte Einmachten vorhanden ist. Wir sollen hier also wieder
eine Verminderung für die Zukunft machen. Ein solches Vorgehen
hat aber immer böse Folgen gehabt. Es würde dem Ganzen die
Vorlage mit dieser einen Begründung nicht gemacht haben. Ich
bin der Meinung, daß die Zuckersteuer jetzt bestimmt zu werden
müssen auf einmal endlich einmal vollständig in dem ganzen
System der Exportprämien gebrochen werden muß, um der
Zuckerindustrie Ruhe zu geben. Man hat dagegen volkswirtschaft-
liche und sozialpolitische Gründe angeführt. Es ist aber doch
eine Sozialpolitik, einem Theil der Industriellen aus der Tasche
den Gewinn zu nehmen, um ihn in die Tasche anderer zu
stecken. Die Landwirthschaft wird die Abschaffung der Material-
steuer gar keinen nachtheiligen Einfluß haben. Der frühere Ab-
Kobbe, der doch die Interessen der Landwirthschaft entschieden
vertrat, hat selbst zugegeben, daß die Materialsteuer, die früher
gegenüber gewirkt habe, jetzt weniger ins Gewicht umzuwägen.
Man habe jetzt in einem möglichen Höchsten ein mög-
lichst hohes Zuckermantel zu erzeugen, wodurch der Grund und
Boden möglichst wenig Vorteile gewinne, und auch für die
Einkaufspreise möglichst wenig Steuern einkommen. Das Gesetz von
1888, welches ja schon einen bedeutenden Ueberschuß in die bis-
herige Zuckergebung gebracht hat, hat nicht, wie die Zucker-
industriellen behaupten, die Zuckereinnahmen vermindert, son-
dern im Jahre 1888/89 wurden 12 Millionen Doppelcentner
produziert, das höchste Quantum, das in Deutschland je erzielt ist.
Die Preise für Zucker sind ja stetig zurückgegangen, aber trotzdem
haben die Fabrikanten durch den Export noch nahezu 6 M. an
Gewinn erzielt. Wird die Prämie aufgehoben, so werden die
Preise an den Weltmarkt steigen, während die Exportprämien
drücken den Weltmarktpreis; es bedeutet ein Geschenk für die
auswärtigen Konsumenten. Wie dies System dazu geführt hat,
den Zulassungsbau mit dem selbständigen landwirthschaftlichen
Hilfsbau zu lockern, beweist die Thatsache, daß laut der Statistik
Hilfsbau jetzt die einzigen Zahlenangaben die meisten Schäden
an den Landwirthschaften gestiftet wurden, welche an der Zucker-
fabrik beteiligt waren.

Daß durch Fortfall der Exportprämien die Zuckerindustrie lo-
sgerändert erleichtert werden wird, daß der Rückgang die
eigene Preis herbeiführen würde, beweist ich durchaus. Unter-
ganze Zuckerindustrie wird nach Fortfall der Prämien voll-
ständig konkurrenzfähig bleiben, und gerade eine Geländung der
Weltmarktpreise wird die Folge sein. Prämien bedeuten eine
Aenderung der Produktionsbedingungen. Dadurch wird der
Produzent in den Stand gesetzt, die Prämie oder einen Theil
dieselben auf den Weltmarktpreis zu schlagen und sie von den
Verhältnissen der Zuckerfabrikation zu trennen. Der
Weltmarktpreis wird durch den Fortfall der Prämien notwen-
digermaßen (sehr wohl links); dem eine Konkurrenz, welche den
deutschen Zucker vollkommen ersetzen könnte, ist nicht vorhanden.
Man weiß nun daraus hin, daß sich eine starke Konkurrenz von
Frankreich geltend macht. Das ist richtig. Denn die deutschen
Zuckerindustriellen sind in dem Falle, daß sie sich nicht auf dem
Weltmarktpreis halten, die Konkurrenz der Franzosen durch Zucker-
fabrikanten aufzugeben und ihre Zuckerindustrie zu entwickeln.
Frankreich ist aber nicht imstande, seinen Zuckerüberbau in der
Weise wie Deutschland weiter und weiter auszuweiten. Nur in
einer Anzahl von Departements können Zuckerfabriken gebaut
werden; Frankreich kann nur 7 Millionen Doppelcentner produ-
zieren. Davon konsumirt es 5 Millionen selbst. Wir exportiren
aber so viel Zucker, wie Frankreich überhaupt zu bauen imstande
ist. Damit fällt einer der Hauptwände gegen die Vorlage.

Nun fragt man, wie können nicht mit der Abschaffung der
Prämien beginnen, so lange die anderen Länder ihre Prämien
noch haben. Ich antworte, daß die Prämien für die Zuckerfabri-
kanten der Prämien erleidet, ist aber ein außerordentlich großer, daß
seinem Ueberschuß davon getilgt werden kann; macht Deutschland
zu einem und wichtigen Schritt der Abschaffung der Material-
steuer, so wird kein anderer Land sich der Vorkaufhaltung der Prämien
entziehen können. Es bedeute, daß die Exportprämien nicht mit
einem Mal abzuheben werden. Eine Uebergangssteuer kann nur
die umgehende Entwicklung beschleunigen.

Wenn Hauptbedenken ist gegen die Erhöhung der Konsum-
steuer gerichtet; sie muß das natürliche Verhältnis zwischen
eine Erhöhung der Zuckerpreise zur Folge haben. Es ist aus
volkswirtschaftlichen Gründen nicht richtig, so große, fortwäh-
rende Summen auf dem Gebiete der Zuckersteuer aufzubringen.
Man sollte die Konsumsteuer nicht erhöhen, sondern eher herabsetzen.
Denn Zucker ist kein Luxusartikel, es ist ein wichtiger Zweig der
Volksernährung, und man sollte gerade dahin streben, daß der Konsum
des Zuckers immer weiter ausgedehnt wird. Man müßte den
Ertrag der Zuckersteuer überaus konstant halten, damit er nicht ins
Lagernde sich verliere. Wenn wir die Konsumsteuer nicht oder
etwas um 3 M. erhöhen, so werden wir einen Ertrag daraus
erzielen, an den Sie jetzt gar nicht denken. Ich hoffe, daß wir
in der Kommission ein Gesetz zu hande bringen, daß der Wohl-
stand des Landes und der Zuckerindustrie förderlich ist. (Beifalliger
Beifall links.)

Abg. Graf Stolberg (sen.): Auch wir wollen den Zucker
für ein Objekt, das mehr Geld einbringen kann. Die Landwirth-
schaft ist von der Zuckerindustrie immer abhängiger als die von
ihrer. Die Frage, ob der Anbau von sehr zuckerhaltigen Mägen für
den Anbau nicht unvorteilhaft ist, halte ich für eine offene.
Die Thatsache ist nicht aus der Welt zu streichen, daß durch die
Materialsteuer die Zuckerindustrie einen hohen Aufschwung ge-
nommen hat, und dadurch auch die Landwirthschaft Vorteile er-
fahren hat. Wundert man aber die Möglichkeit, unter günstigen
Bedingungen zu exportieren, so werden Industrie und Landwirth-
schaft geschädigt. Außerdem wollen wir nicht zeigen, daß sie
absolut zurückfallen ist. Wir gehen gern zu, daß die Prämien
nach der Erzeugung von 12 M. auf 22 M. zu hoch ist. Denn wenn auch
nach Aufhebung der Materialsteuer die Weltmarktpreise steigen
würden, so werden durch Erhöhung der Verbrauchssteuer auch die
Inlandpreise steigen; der Konsum würde also unter der
Erhöhung zu empfinden zu leiden haben, und die Erzeugung der
Wolfschneide, daß die Befähigung durch die Vorlage nur der best-
besten Befähigung entsprechen werde, dürfte unter diesen Umständen nicht
zutreffend sein. Wir stehen der Vorlage nicht feindlich gegenüber
und hoffen, daß in der Kommission ein gangbarer Weg gefunden
werden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Dechsel (sen.): Meine Freunde sind über die
Vorlage zweifelhafter Ansicht; ich werde hier nur für einen Theil
meiner Freunde. Ich behaupte im großen und ganzen, daß das
Gesetz eingebracht ist, welches die Interessen der bedeutendsten
Zuckerfabriken in Frage stellt. Als man Exportprämien einführt,
geschah es, um die Zuckerindustrie zu heben. Das man dann die
Prämie nur aus anderen Gründen in der letzten Session auf-
hebung der Industrie. Aber das Gesetz von 1888 ist doch von
niemandem als eine Uebergangsperiode eingestuft worden; die
Industrie und der Anbau haben sich viel mehr darauf eingerichtet.
Im Januar v. J. hat sich sogar Herr v. Malchahn noch für die
Exportprämien ausgesprochen. Es ist auch gar nicht gesagt wor-
den, daß die Exportprämien in den nächsten Jahren aufgehoben
werden. Die Industrie selbst betrachtet sie, indem nur, daß künstliche
Verhältnisse des Reiches dazu angewandt. Die fiskalischen Ver-
hältnisse des Reiches hat der Herr Abgeordnete jedoch viel zu
wenig ausführlich dargestellt. Wenn die Bedürfnisse des Reiches
es erfordern, müssen wir auch aus der Zuckerindustrie höhere Ein-
nahmen zu erzielen suchen; auf die Möglichkeit der Erzeugung der
Prämie aber ist kein Grund vorhanden, von der Ruelle von
1888 abzugehen. Man kann nicht behaupten, daß in den letzten

Jahren eine glücklichere Entwicklung der Industrie eingetreten ist,
als bei der Berechnung des Gewinnes der Zuckerindustrie muß man
berücksichtigen, daß die Materialpreise und die Löhne gestiegen
sind; andererseits sind die Preise der Wäse heruntergegangen.
Es ist um so weniger angebracht, unsere Export durch Befrei-
gung der Exportprämien zu heben, als die Zuckerindustrie zur Zeit
allerlei Beschränkungen aufzuheben werden sollte. Ich sehe nicht ein,
weßhalb Frankreich nicht inländische Eisen sollte, Deutschland eine
einfache Konkurrenz zu machen. (Wiederbeifall links.) Die Zucker-
industrie in Frankreich wird in Deutschland entschieden über-
legen. (Wiederbeifall links.) In Amerika wird sich eine erfolgreiche
Agitation für Einführung von Zucker in Europa geltend; und
dann auch dort hohe Preise erzielt werden und das Ausbeute-
verhältnis ein geringes ist, so wird es doch immerhin einen Er-
folg haben. Die Konkurrenz des Rohzuckers ist schon jetzt eine
sehr große. Ich bin kein übermäßiger Anhänger des Systems
der Exportprämien. Aber gerade in diesem Augenblicke, wo die
Konsumsteuer eine so starke ist, die Exportprämien aufheben zu
wollen, wäre ein schwerer und verhängnisvoller Fehler. Herr
Walt hat eine große Rechnung aufgemacht und 481 Millionen
gezahlte Exportprämien herausgerechnet. Seine Berechnungen sind
aber meistens nicht richtig, als er mit dem exportierten Zucker aus-
rechnet, was er nicht richtig ist, sondern er hat die Prämien nicht
bleibt immer eine feste, aber der Weltmarktpreis ist ein variabler,
welcher in den verschiedenen Jahren verschiedene Konkurrenzver-
hältnisse auslöst. Das beweist der Rückgang der Preise in den
letzten Jahren. Werden im Auslande die Exportprämien her-
untergeholt, so werde ich der erste sein, der auch hier eine Ver-
änderung herbeiführen will. Bis dahin aber bitte ich,
die Frage noch zu vertagen.

Staatssekretär v. Malchahn: Wir können die Entscheidung der
Frage nicht vertagen. Jetzt muß ein Zeitpunkt bestimmt werden,
zu welchem das gegenwärtige System aufgehoben wird; ander-
erseits muß es nicht unwahrscheinlich sein, im inländischen Konsum
eine sehr abnehmende, wenn man die Lieferungen hat, daß man
sie ihm später zu Gunsten der Reichssteuer doch wieder auflegen
müßte. Einige Theile des Gezeigs werden ja einer genaueren Er-
wägung der Kommission unterliegen, die Regierung bezieht nicht
unabänderlich auf jeden einzelnen Paragraphen. Im Januar
vorherigen Jahres haben wir auch gar nicht anders gehandelt, als
es gethan habe. Es war damals die erste Parlamentsversammlung
in Deutschland, in welcher die Frage der Londoner Konvention
überhaupt erörtert wurde. So lange die Konvention schwach
und wir hoffen, auf Grund dieser Verhandlungen unsere Konkurrenz-
verhältnisse zu einem gleichzeitigen Vorgehen mit uns zu bewegen,
werden wir nicht in der Lage sein, die Prämien vollständig aufzu-
heben. Die Konkurrenzverhältnisse mit uns gehen, nämlich die Ver-
hältnisse der Exportprämien, bei uns ausgefüllt werden könnte,
ohne eine gleichzeitige Erhebung ihrerseits. Aus diesem Grunde
habe ich es auch im Sommer vorigen Jahres rathend ge-
sehen, irgend eine Erklärung darüber zu geben, wozu diese
Prämien herabzusetzen, wenn man die Prämien vollständig auf-
heben würde. Seit jener Zeit aber haben sich die Verhältnisse that-
sächlich geändert. Die vermehrten Bedürfnisse der Reichssteuer sind
dringlicher geworden. Der erste Versuch auf dem Wege einer
Konvention unsere Konkurrenzverhältnisse zu gleichzeitigem Vorgehen
mit uns zu bewegen, ist gescheitert und ein weiteres Aushalten
ist eine weise Entscheidung. (Beifall links.)

Abg. v. Kordorff (N): Weibet sich dagegen, daß man es so
bortelle, als ob die Exportprämien nur den Millionen zugute
kommen. Der umgehende Nutzen der Industrie für den Konsum-
steuer werden immer nur gesteigert, und doch sei derselbe überaus
groß für jeden Einzelnen. Die Prämie werde in der Reichs-
steuer nicht aufgehoben, sondern nur vermindert, während die
Zuckerindustrie werde also auch für die Konsumenten schädlich
sein. Hat es ferner nicht eine große Bedeutung, daß eine deutsche
Industrie einen Artikel, der nur mit deutschen Händen und mit
deutschem Material ausgeführt ist, im Betrage von 150 Millionen
an den Weltmarkt bringen kann? Wenn der Export zurückfällt,
so wird man die Konkurrenz mit uns nicht verlieren. Ein Ueber-
gang ist nicht möglich, wenn man die Prämien vollständig auf-
heben würde. An anderen Ländern wird diese Frage nicht zu unter-
suchen in ihrer wirtschaftlichen Wirkung wie bei uns. Die Zahl
der Zuckerfabriken hat sich seit 1884 nicht vermehrt, und
eine bedeutende Vermehrung in der Zukunft ist auch nicht in
Ausicht, ein Beweis, daß die Rentabilität nicht so groß ist. Die
Anzahl dieser Zuckerfabriken wird die Erzeugung haben, die Auf-
hebung der Einkünfte im Jahre 1873 gebracht, eine Verminderung
der Industrie. Wir werden eine Katastrophe erleben. Wofür-
tätiger wäre es, wenn Sie das Experiment nicht machen.

Wir stehen in hohem Konkurrenz mit Frankreich, die technische
Ausbeute der Mägen ist dort fast größer als bei uns, ist uns
überlegen, und die Konkurrenz wird sich nicht ändern. Die
Gesetze, die uns durch den Zolltarif droht, würde ich zur
Stärkung der Zuckerindustrie eher eine Erhöhung der Export-
prämien beantragen. Welchen Grund hat eine Aufhebung der
Ausfuhrvergütung auf die Engländer machen? Wozu kann die
Gegenwartigkeit? werden Sie sagen. Herr Walthe hat selbst in
einer Rede über die Zuckerindustrie in der Kommission die Prämie
letztens Deutschlands eine Industrie geübt, von deren
Wohlfahrt und Lage ganz Deutschland abhängt. Diejenigen
Landwirthe, welche Vieh für diese Vorlage einge-
nommen sind, müßten bedenken, daß die Interessen der Landwirth-
schaft dadurch sind. Wir kommen auf diesen Weg ebenfalls zu
einer Abschaffung der agrarischen Hilfe, und die Folge wird auch
eine Aufhebung der Einkünfte sein.

Die gegenwärtige Vorlage soll dazu dienen, dem Reiche für
höhere Mehrausgaben Einnahmen zu sichern. Warum soll das
Geld aus den Händen der Landwirthschaft gehen? Sollen Sie mehr
Geld haben, so empfehle ich Ihnen eine Zinksteuer. Die
Zinksteuer würde den Reichen mehr einbringen, als die Zucker-
steuer. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Malchahn: Ich habe allerdings S. 13 für die
Aufhebung der Einkünfte gestimmt, halte das aber jetzt für einen
Fehler. Aber während damals durch die Aufhebung der Einkünfte
die Einkünfte der Zuckerindustrie den Staat auf dem Landmarkt verlor,
besteht jetzt schon einige Schritte voraus. Wir bewegen auf die
Reichen zugunsten der Zuckerindustrie, die Vorlage nicht gemacht, sondern
unter dem Druck der Verhältnisse. Wenn Ihnen die Vorteile des
Gezeigs nicht gefallen, ich gebe Ihnen die ganzen Vorteile
preis, wenn Sie nur für das Gesetz stimmen. (Beifall links.)

Abg. Heine (sen.): In dieser Frage haben nicht die
Zuckerfabriken das Recht, sondern die Konsumenten. Die Zucker-
fabriken sind immer mehr gewachsen, indem gerade in Gegenden
mit reicher Zuckerfabrikation viele sozialdemokratische Stimmen
abgegeben wurden. Die Prämien fließen in die Taschen der
Fabrikanten, das beweisen die großen Dividenden, das beweist
der zunehmende Wohl dieser Fabrikanten. Die Regierung kommt
in mit dem Reiche, indem sie die Prämien nicht aufheben, aber
uns geht es nicht weit genug, wir wollen nicht die Prämien
von 2 Jahren und vor allem nicht die Erhöhung der Verbrauchs-
abgabe. Im Allgemeinen sind wir darum gegen das Gesetz, doch
machen wir unsere endgültige Abkündigung von der Fassung ab-
zugeben, welche die Vorlage in der Kommission enthält. Auch
dieser Grund, wor der Herr Abgeordnete die Entscheidung, welche
in der Unterabteilung der Großen durch die kleinen, und in
der Unterabteilung der Großen durch die kleinen, ist
gebildeten Proletariat als in der Zuckerindustrie. Die Kon-
kurrenz der Zuckerfabriken die Leute in einer Weise, die der
Flouristen in Afrika gleichkommt. Bei dem gegenwärtigen
Verfahren werden die Zuckerfabriken die Arbeiter, welche
diese Arbeiter werden sogar verhindert, sich Parzellen an-
zukaufen. Die Zuckerindustriellen kaufen die Parzellen auf,

um die Arbeiter in der Zuckerfabrik zu halten. Die
Zuckerindustrie ist ein Monopol, der das Manu in dem Lande und
die Nationalgenossenschaft vertritt. Der Einfluß der Zuckerfabri-
kanten auf die Arbeiter geht sogar so weit, daß die Arbeiter gezwungen
werden, Wahlen zu stellen, an den Wahlen abzugeben, welche
man bestimmt dieser Vorlage hätte. (Beifall links.) Gerade aus
den Zuckerfabriken die Wahlen gegen die Arbeiterschaft ge-
führt hervorgegangen. Denn gerade hier herrscht eine falsche
Auseinandersetzung der menschlichen Kraft durch Fraktionen, Klüben
und Parteien. Ohne jeden Grund werden den Leuten in der Zucker-
fabrikation gegeben. Der Arbeiter hat sogar das Recht, die
Arbeiter zu wählen. Wenn die Arbeiter wählen, wenn sie wählen
den Eintrage der Zuckerindustrie haben, und wie schlecht
die Berechnung des Abg. Richter in seinen „Verleihen der Sozial-
demokratie“, geht daraus hervor, daß allein mehr Exportprämien
geschikt werden, als der geklämte Arbeitslohn der Zuckerfabri-
kanten beträgt. Während also die Exportprämien an die Arbeiter
vertheilt werden, so würde sich dadurch allein schon die Arbeit-
vertheilung verwickeln.

Abg. Dr. Wühl (N): Wäre es wirklich denkbar, daß die Zucker-
industrie so viele Arbeiter bekomme, wenn ihre Lage so schlecht
wäre, wie sie der Vordrucke gelidert hat? Ich habe mit einem
Theil meiner Freunde auf dem Boden der Vorlage, weil wir die
Verhältnisse der Zuckerindustrie unterliegen müssen, wenn sie haben,
daß der Zeitpunkt zur Aufhebung einer Prämie gekommen ist, die
nur wenigen Produzenten Vortheil gewährt. Wir haben dabei
volles Verständnis für die Zuckerindustrie. Nach Lage der Ver-
hältnisse können wir darauf verzichten, daß die Preispolitik der
deutschen Industrie erhalten bleiben soll. Eine Aufhebung der
Prämie würde eine solche Aufhebung sein, welche sich nicht
nach sich ziehen. Die Zahlen des Abg. Wühl sind jedoch un-
haltbar. Aus seiner Angabe, daß durch die Aufhebung der Prämie
der Weltmarktpreis steigen würde, wäre ja der Rückschlag zu
ziehen, daß durch Befreiung der Exportprämien die Preise niedriger
würden. Während sich die Preise abwärts bewegen, wird die niedrige
Preise sprechen, wollen sie nun auf einmal hohe Preise. Wie
sollen wir das, unsere Industrie auch weiterhin sich erheben
sollen und empfehlen die Ausnahme dieser Vorlage. (Beifall
bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Wühl (N): Wir haben von vornherein angegeben,
daß durch die Aufhebung der Exportprämien der Preis für die
deutschen Zuckerfabriken sinken würde. Es ist auch klar, daß wenn
wir jetzt die Exportprämien aufheben, daß auf den Weltmarkt
einen anziehenden Einfluß ausüben und den Konsumpreis erhöhen
müßte. Aber wo haben denn jemals die Zuckerfabriken einen so
abstrakten Standpunkt vertreten, daß sie durch künstliche Maß-
regeln die Preise künstlich heraufziehen wollten? Die ein-
seitigen Zölle, die die Zuckerfabriken auf den Weltmarkt und auf der Frei-
handelspolitik besteht darin, alle Wäsen einer künstlichen Wech-
selung zu unterziehen, mag sie darauf ausgehen, künstlich die Preise
zu erhöhen, oder sie künstlich um Senken zu bringen. Die
schlimmste Folge der bisherigen Zuckergebung ist die, daß die
deutsche Zuckerindustrie in ihrer Entwicklung gehindert ist. Die
deutsche Zuckerindustrie hat sich nicht entwickeln können, weil
die Zölle greifen und 20 Millionen zu seinem anderen Zwecke
herausgeben müssen, als daß die englischen Konsumenten unmit-
telbar billigen Zucker bekommen. Hier liegt endlich einmal eine
Vorlage der Regierung vor, die auf wirklich rationalen Grund-
lagen beruht. Allerdings ist nur eine gewisse Verbesserung zu er-
warten. Ich hoffe, daß die Regierung weiter gehen und nicht erst
nach einer Senkung von 4 Jahren, sondern sofort die Export-
prämien abschaffen und Abstand nehmen wird von der ungeliebten
Idee, das Wohlleben der Materialisten zu verdamnen mit einer
Erhöhung der Verbrauchsabgaben.

Die Zuckerindustrie vermag sich nicht annehmende Konkurrenz
an den Weltmarkt in den nächsten Jahren macht es gerade um so
notwendiger, daß der Uebergangsprozess so rasch wie möglich eintritt,
und deswegen ist es eine falsche Politik, noch so lange zu zögern.
Wenn man nun von einem Uebergangsstadium spricht, so kommt mit
das gerade so, als wenn jemand sagt, von idemogenen an mit
den Uebergangsstadium, wie man nicht so ist, an dem Uebergang
halten lassen (Beifall links). Durch einen solchen Uebergang machen
Sie die Verhältnisse des Weltmarktes noch schlimmer. Sie ver-
lassen die Fabrikanten, noch möglichst viel Waare auf den Aus-
landmarkt zu werfen. Die Engländer lassen sich natürlich gern
mit billigem Zucker überquiden; das sollte uns aber recht
denkbar überlegen, wie man nicht so ist, an dem Uebergang
halten lassen (Beifall links). Wenn Deutschland mit einem solchen Schritte vorangeht,
dann werden die anderen Staaten erst erkennen, daß es wirklich
ernst ist mit der Aufhebung, und uns nachziehen. In diesen
Frageen kann nur das Beispiel wirken. Die Zuckerindustrie
überwies werden für die Aufhebung der Exportprämien Ertrag in
den nächsten Jahren haben. Durch das frühe System werden
aber bei uns die Preise künstlich erhöht, im Auslande künstlich
niedergedrückt. Das ist eine Schädigung unserer Konsumenten.
Von diesem Gesichtspunkte aus ist es richtig, daß die Export-
prämien sofort wieder aufgehoben werden. (Beifall links.)

Hiermit wird die Diskussion geschlossen.
Die Vorlage wird an eine Kommission von 23 Mitgliedern
verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Am Vorabend des Präsidenten und die nächste Sitzung auf
eine Viertelstunde später abberaumt. Zu dieser wird auf Antrag
des Herrn die Entschliessung des gegen den Abg. Richter erlassenen
Entscheidungsbeschlusses, und damit in weiterer Beziehung der
deutsch-französische Handelsvertrag angenommen.

Entsprechend dem Antrage der Gesundheitskommission
besteht das Haus daraus, die Ermüdung durch die Erörterung
wegen mehrere Personen wegen Verabreichung des Heilwassers nicht
zu erlauben.

Nächste Sitzung Dienstag 13. Januar, 2 Uhr. (Antrag
Antrag über die Aufhebung der Lebensmittelzölle, Antrag Richter betr.
Ermäßigung der Konsumsteuer.)

Schluss 4 1/2 Uhr.

Ausland.
England. Auf seiner Reise von Dublin nach Cork hielt
Parnell an verschiedenen Orten während der Unterredung
der Fahrt Anreden, wobei er verschiedene male zu feind-
seligen multivariaten Ausdrücken gegen ihn
kam. In America hatte eine heulende Menge, mit einem
Priester an der Spitze, die Plattform besetzt und beschimpfte
Parnell. In Waltham griff eine wüthende Menge den Gegen-
über, in welchem sich Parnell befand, an und zer-
stückte mit Äxten und Schirmen die Abgenossen und
die Thür. Parnell befand sich dabei in Lebensgefahr. In
Cork, seinem Wohnort, wurde er dagegen entspannt begrüßt.
Eine tolle Menschenmenge geleitete Parnell in Kromwellen-
Regen mit einem Beschlag nach dem Herde, wo er eine
äußerst feierliche Rede hielt. Parnell erwiderte, eine Zuhörer
daran, daß die Stadt früher ein „Recken-Cork“ genannt
worden sei. In Irland vermehrte Gladstone's halbe Majorität;
er, Parnell, sei entlassen, die Stellung als Führer der
irischen Partei beizubehalten. Parnell's Einfluß scheint in den
Städten am größten, auf dem offenen Lande am geringsten zu
sein. Wie nach der Hf. Z. verlautet, ist ein Verhaftungs-
befehl gegen Parnell erlassen worden.
(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Passend zu Weihnachts-Geschenken. — farblich und schwarz, das Paar 90 Pfg. — Grosses Sortiment. —
Glacé-Handschuhe für Damen, weiss und crème, das Paar 75 Pfg. — J. Lewin.

Gegründet
1859.

J. LEWIN

Gegründet
1859.

4. Markt 4.

Halle a. S.

4. Markt 4.

Mein diesjähriger grosser

Weihnachts-Ausverkauf

welcher ununterbrochen bis zum 24. December fort dauert, ist in allen Räumen meines Geschäftshauses eröffnet. Ich habe in Folge dessen, wie alljährlich, die mannigfaltigsten Artikel den einzelnen Abtheilungen hinzugefügt, welche sich wie eine grosse Anzahl der verschiedensten Waarengattungen, die von mir für den Weihnachts-Ausverkauf zurückgestellt und im Preise bedeutend reducirt worden sind, ganz besonders zu

Fest-Geschenken

eignen. Einige dieser ausserordentlich preiswerthen und vortheilhaften Genres sind:

Weihnachts-Kleid aus prima Warp oder Halbblama, in grossen Sortimenten. Mark 2,25 und 2,50.	Weihnachts-Kleid aus Tuch-Stoff, in grossen Farbensortimenten; Mark 3,75.	Weihnachts-Kleid aus carrirtem Plaid-Stoff, letzte Neuheit, Mk. 5,-.	Weihnachts-Kleid aus 3/4 reinwollenem Lama, grösste Auswahl, Mark 0,75, 7,50, 9,-.
Weihnachts-Kleid aus prima Winter-Beige, in jeder Farbe vorräthig, Mk. 4,50.	Weihnachts-Kleid aus Cachemire, schwarz und farbig, Mark 4,50 bis 12,-.	Weihnachts-Kleid aus reinwoll. Jaquard, Croisé und Foulé, prima Qualität, Mk. 6,50, 7,50 bis 12,-.	Weihnachts-Kleid aus farbigem Woll-Mousseline nur hochaparte Dessins, Mark 7,50.
Jacket aus Astrachan, halb- und ganzliegend. Mark 4,50, 7,50 bis 15,-.	Jacket aus prima Eskimo, marine und schwarz, Mark 7,50, 10,- bis 15,-.	Jacket aus prima Eskimo, Weste und Aermel besäht, Mark 12,-, 15,-, 18,-.	Abend-Mantel mit Satin- und Atlas-Steppfutter, Mk. 8,-, 9,50, 12 bis 24,-.
Paletot aus prima Double mit Astrachan- und Krimmergarnirung Mark 9,50.	Paletot aus bestem woll. Fantasiestoff mit Astrachan- oder Biberkragen Mark 15,- bis 24,-.	Dolman und Visito aus prima Seidenblüsch mit seidene Steppfutter.	Kragenmantel aus prima Eskimo oder Double mit reicher Pelz- oder Federgarnirung Mk. 15,-, 18,- bis 25,-.
Unterrock aus Barchent, Flanel oder Filzstoff Mk. 1,-, 1,50, 2,- bis 3,-.	Unterrock aus Moirée, Woll-Satin oder Seide Mk. 5,- bis 20,-.	Morgenrock — Modelle — Saison-Neuheiten, bedeutend unter Herstellungspreis.	Tricot-Taille vorzüglicher Sitz, nur reine Wolle, Mark 2,50, 3,- bis 9,-.
Tricotkleidchen in allen Grössen und in den verschiedensten Ausführungen Mk. 1,50, 1,75, 2,50 bis 10,-.	Schulterkragen in allen Stoffarten und Grössen Mk. 0,75, 1,-, 1,50 bis 4,-.	Damen-Capotte aus seidener Chenille, Mark 2,50, 2,75, 3,-.	Damen-Capotte in den neuesten Façons, in allen modernen Farben Mk. 1,-, 1,25, 1,50.
Reisendecke in unübertroffener Auswahl Mk. 5,50 bis 29,-.	Schlafdecke in allen Farben und Qualitäten Mk. 3,- bis 12,-.	Tischdecke Fantasiestoffe mit Schnur und Quaste Mk. 1,50, 2,- bis 12,-.	Tischdecke in Plüsch, Ripps und Crépe Mk. 4,50, 6,-, 12,- bis 25,-.
Carrirtes Bettzeug grosso Musterauswahl, Qualität II. Meter 28 und 30 Pfg.	$\frac{3}{4}$ breites carrirtes Bettzeug grosso Musterauswahl, Qualität I. Meter 40, 50 und 58 Pfg.	$\frac{3}{4}$ breites reinleinenes Bettzeug grosso Musterauswahl Meter 55 und 58 Pfg.	$\frac{3}{4}$ breites Damast-Bettzeug grosso Musterauswahl Meter 55 und 58 Pfg.
Kaffee- und Theegedeck reinleinenes mit 6 Servietten Mk. 2,75, 3,50 bis 9,-.	Weisse oder bunte Bettdecke in Wafler oder Tricotgewebe pr. Stück Mk. 1,50, 2,- bis 4,-.	Weisse oder bunte Taschentücher reinleinen pr. Dtzd. Mk. 1,75, 2,25, 3,- bis 8,50.	Damast- und Dreh- Hand- und Tischtücher in allen Qualitäten u. Preislagen.
Oberhemd aus prima Hemdentuch mit leinenem Einsatz Mk. 2,25, 3,-, 4,- bis 5,50.	Herren-Hemd aus Hausleinen, Barchent und Dowias, beste Näharbeit Mk. 1,25, 1,50, 2,- bis 2,75.	Reinleinenes- und Hemdentuch Damenhemd mit Handtückerei, beste Näharbeit Mk. 2,50, 2,75, 3,- bis 5,-.	Damen-Hemd aus Hausleinen, Barchent und Dowias, beste Näharbeit Mk. 1,25, 1,50, 2,-.
Hauschürze aus doppelfäd. baumwoll. Gingham, extra weit, mit 2 Taschen 75 Pfg.	Hauschürze aus leinenem Gingham, extra weit 85 Pfg.	Hauschürze aus doppelfäd. baumwoll. Gingham, extra weit, mit Trägern 140 Pfg.	Blaubedruckte Hauschürze, extra weit 48 Pfg.

Grösste Auswahl in seidnen Herren- und Damen-Cachenez und seidnen Taschentüchern.

Grösste Auswahl in Ball- und Concert-Tüchern und seidnen Chenille-Echarpes.

Damen- und Herren-Handschuhe in Glacé, Tricot, Wild- und Washleder, sowie Dänische Damen-Handschuhe zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Regenschirme für Damen und Herren, nur prima Qualitäten in hocheleganter Ausstattung zu den niedrigsten Preisen.